

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2012

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE berichtet über transnationale Familien	2
Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission	2
Kommission beschließt Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit	2
Öffentliche Konsultation zu Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit	2
Schlussfolgerungen zum Jahreskongress der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung veröffentlicht	3
EU stiftet Preisgeld des Friedensnobelpreises für Kinder in Kriegs- und Konfliktgebieten	3
Kommission beschließt Jahreswachstumsbericht	3
Kommission berichtet über Diskriminierung in der EU	3
Verbraucherschutz: Kommission rät zu Vorsicht beim Online-Kauf	3
Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament (EP)	4
Entschließung des EP zur Lage der Grundrechte	4
Weitere Nachrichten	4
Forderung nach Revision der Mutterschutz-Richtlinie	4
Globales Bündnis gegen Kindesmissbrauch im Internet	4
Kampf gegen Gewalt gegen Frauen	5
Diverse Aktivitäten für Rechte von Menschen mit Behinderungen	5
Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen geht zu Ende	5
Trio-Präsidentschaft befürwortet Europäisches Jahr zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie 2014	6
Datenbank zu hochqualifizierten Kandidatinnen für Jobs in Führungsetagen gestartet	6
Unisex-Tarife bei Versicherungen ab 21. Dezember 2012	6
Beamte mit Lebenspartner/innen und verheiratete Beamte müssen gleich behandelt werden	6
Call for stories: Diskriminierung von Eltern am Arbeitsplatz	7
Berichte und Studien	7
Eurochild-Publikationen zu Auswirkungen der Euro-Krise auf Kinder sowie Kinderbetreuung	7
Eurofound-Studie „Parenting support in Europe“	7
OECD-Studie zur Integration von Zuwanderern	7
Studien zur Gleichstellung der Geschlechter	8
Publikation zu Einsamkeit im hohen Alter in Ost- und Westeuropa	8
Eurodiaconia-Publikation „Ageing Well: Together“	8
Analyse zu Perspektiven lokaler Sozialdienste für Kinder	8
Eurostat zu Armutsgefährdung und Verschuldung privater Haushalte	9
Bevorstehende Veranstaltungen	9

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE berichtet über transnationale Familien

In einer Publikation der COFACE vom November 2012 „Transnational Families and the Impact of economic Migration on Families“ richtet Paola Panzeri den Blick auf die Besonderheiten und Herausforderungen, denen „transnationale Familien“ gegenüberstehen. Das sind Familien, bei denen ein Familienmitglied in einen anderen Staat zieht, während die restliche Familie im Herkunftsland bleibt. Mit dem Bericht soll der Blick auf ein wachsendes europäisches Phänomen gerichtet werden, das starke Auswirkungen auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche, wie den Pflegesektor oder den Arbeitsmarkt, hat. Die COFACE wird den Themenkomplex im März 2013 erneut aufgreifen und über Migrant/innen im Pflegesektor und pflegende Angehörige diskutieren.

- [Download der Publikation der COFACE \(englisch\)](#) 

Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission

Kommission beschließt Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Die Kommission hat am 5. Dezember ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen, mit dem sie die Mitgliedstaaten in ihrem Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit unterstützen will. Diese ist mit über 22% doppelt so hoch wie unter Erwachsenen (siehe [Europa News 11/2012](#)).

Außerdem wurde bereits am 26. November von der Kommission ein Beschluss zur Modernisierung des EU-weiten Beschäftigungsnetzes EURES angenommen. Es wird nun stärker auf junge Menschen ausgerichtet sein und spezielle Mobilitätsprogramme für junge Menschen unterstützen.

Am 7. Dezember hat die Kommission zudem das „EU-Kompetenzpanorama“, eine Website mit Informationen zu kurz- und mittelfristig nachgefragten und angebotenen Qualifikationen, offiziell gestartet. Das Panorama soll die Berufe mit der höchsten Wachstumsrate sowie die „Engpass-Berufe“, in denen es viele freie Stellen gibt, in den Vordergrund rücken.

Seit Ende der 1990er Jahren gibt es Initiativen der EU-Institutionen, um das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Eine kürzlich erschienene Analyse der Friedrich Ebert Stiftung „The European Union tackling youth unemployment in times of crisis“ bietet eine kritische Bewertung der bisherigen Maßnahmen.

- [Pressemitteilung der Kommission zum Maßnahmenpaket](#)
- [Webseite zum Download des Maßnahmenpaketes der Kommission](#)
- [Pressemitteilung der Kommission zum Beschäftigungsnetz EURES](#)
- [Webseite des EU-Kompetenzpanoramas \(englisch\)](#)
- [Studie der Friedrich Ebert Stiftung \(englisch\)](#) 

Öffentliche Konsultation zu Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit

Die Kommission ruft alle EU-Bürger dazu auf, an einer öffentlichen Konsultation zum Thema Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit teilzunehmen. Ziel ist es, bestehende Probleme bei der grenzübergreifenden Koordinierung von Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit zu lösen. Betroffen sind

Wanderarbeitnehmer/innen, im Ausland lebende Rentner/innen und ihre Angehörigen sowie andere im Ausland lebende Personen. Die Konsultation läuft vom 5. Dezember 2012 bis zum 5. März 2013.

- [Webseite der Konsultation der Kommission](#)

Schlussfolgerungen zum Jahreskongress der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung veröffentlicht

In Zusammenarbeit mit der zyprischen Ratspräsidentschaft veranstaltete die Kommission vom 5.-7. Dezember in Brüssel den zweiten Jahreskongress der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Insbesondere Familien und Kinder sind von Armut betroffen, in vielen Mitgliedstaaten der EU haben sich die Lebensbedingungen der Kinder verschlechtert (siehe [Europa News 11/2012](#)). Der Kongress hat den bisherigen Fortschritt zur Erreichung des Armutsreduktionsziels bewertet. Die Schlussfolgerungen des Kongresses können jetzt eingesehen werden.

- [Schlussfolgerungen des Jahreskongresses \(englisch\)](#)
- [Informationen zur Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung](#)

EU stiftet Preisgeld des Friedensnobelpreises für Kinder in Kriegs- und Konfliktgebieten

Der Präsident der Kommission, José Manuel Barroso, kündigte am 18. Dezember an, dass Projekte für 23.000 Kinder in Konfliktgebieten über die EU-Initiative „Kinder des Friedens“ unterstützt werden. Mit dem Preisgeld des Friedensnobelpreises sollen Projekte für syrische Flüchtlingskinder, Kinder in Flüchtlingslagern in Kolumbien, kongolesische und pakistanische Kinder finanziert werden.

- [Pressemitteilung der europäischen Kommission \(englisch\)](#)

Kommission beschließt Jahreswachstumsbericht

Die Kommission hat am 28. November den Jahreswachstumsbericht 2013 beschlossen. Dieser betont die Bedeutung von sozialer Fairness und verfolgt das Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Bericht hebt den Schutz schwacher Mitglieder der Gesellschaft hervor, u.a. sollen Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträge insbesondere für Niedriglohneempfänger/innen gesenkt werden.

- [Presserklärung der Kommission zum Wachstumsbericht](#)

Kommission berichtet über Diskriminierung in der EU

Laut einem auf einer Eurobarometer - Umfrage basierenden Bericht der Kommission vom November 2012 ist Diskriminierung in der EU noch immer sehr verbreitet und erfolgt insbesondere vor dem Hintergrund von Herkunft, Behinderung und sexueller Orientierung. Auf dem Arbeitsmarkt hätte Diskriminierung krisenbedingt insbesondere gegenüber älteren Arbeitnehmer/innen sogar zugenommen.

- [Bericht der Kommission zu Diskriminierung in der EU \(englisch\)](#) 
- [Eurobarometer - Umfrage](#) 

Verbraucherschutz: Kommission rät zu Vorsicht beim Online-Kauf

Laut einer Untersuchung der Europäischen Kommission und nationaler Stellen, die Tonio Borg, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, am 6. Dezember in Brüssel vorgestellt hat, halten über

drei Viertel der Websites, die Spiele, Bücher, Videos oder Musik zum Download anbieten und dafür oft gezielt Kinder ansprechen, geltende Verbraucherschutzregeln nicht ein. Die Kommission rät daher zu Vorsicht beim Online-Kauf.

- [Pressemitteilung der Kommission zum Online-Kauf](#)

Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament (EP)

Entschließung des EP zur Lage der Grundrechte

Das EP hat am 12. Dezember eine Entschließung zur Lage der Grundrechte in der EU 2010–2011 verabschiedet. Darin wird gefordert, dass sich die EU-Staaten stärker für den Schutz von Grundrechten einsetzen. Das EP äußert Bedenken gegen jüngste Beschränkungen des Zugangs zu Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit in einigen Mitgliedstaaten, insbesondere in Bezug auf sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch, Sexualerziehung und Finanzierungseinschnitte bei der Familienplanung. Die Abgeordneten verlangen außerdem, den Zugang zu Gesundheitsleistungen zu gewährleisten, auch für illegale Einwanderer und insbesondere für schwangere Frauen und Kinder aus diesem Personenkreis. Das EP ist weiterhin der Ansicht, dass die Grundrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgenderpersonen besser gewahrt werden sollten, wenn diese Zugang zu Rechtsinstitutionen wie Lebensgemeinschaft, eingetragene Partnerschaft oder Ehe haben.

- [Entschließungstext des EP](#)

Weitere Nachrichten

Forderung nach Revision der Mutterschutz-Richtlinie

Der Europäische Gewerkschaftsbund und die Europäische Frauenlobby haben am 28. November einen offenen Brief an die EU-Staats- und Regierungschefs gerichtet, in dem sie diese auffordern, im Rat die Revision der Mutterschutz-Richtlinie weiter zu verhandeln. Auf eine Stellungnahme des Europäischen Parlaments vor etwas mehr als zwei Jahren hat der Rat bislang noch nicht reagiert. Die Europäische Kommission hatte eine Erweiterung des Mutterschutzes von 14 auf 18 Wochen vorgesehen, das Europäische Parlament forderte im Oktober 2010 hingegen eine Erweiterung auf 20 Wochen bei voller Bezahlung.

- [Webseite mit Informationen zum offenen Brief und Downloadlink \(englisch\)](#)

Globales Bündnis gegen Kindesmissbrauch im Internet

EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström hat am 5. Dezember gemeinsam mit US-Justizminister Eric Holder in Brüssel ein weltweites Bündnis gegen Kindesmissbrauch im Internet gestartet. Insgesamt beteiligen sich an der Initiative 48 Staaten, darunter alle 27 EU-Mitgliedstaaten. Die Staaten verpflichten sich, national geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Opfer leichter zu identifizieren, besser zu schützen und die Täter zu verfolgen. Laut Schätzungen kursieren im Internet derzeit mehr als eine Million Bilder von sexuell ausgebeuteten und missbrauchten Kindern. Ab Januar soll auch das neue EU-Zentrum zur Bekämpfung von Cyberkriminalität gegen Kindesmissbrauch vorgehen.

- [Pressemitteilung der Kommission zu Kindesmissbrauch im Internet](#)

Kampf gegen Gewalt gegen Frauen

Auf seiner Tagung am 6. und 7. Dezember nahm der Rat der europäischen Union Schlussfolgerungen zum Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und zur Bereitstellung von Hilfsangeboten für Opfer häuslicher Gewalt an. Der Rat fordert u.a. umfassende und ausreichend finanzierte Strategien sowie die Einrichtung einer Notfall-Hotline und die Ausrichtung eines Europäischen Jahres gegen Gewalt gegen Frauen im Jahr 2015 zu prüfen. Eine erste EU-weite Erhebung zu Gewalt gegen Frauen will die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) 2013 veröffentlichen. Dazu wurden im Jahr 2012 mehr als 40.000 Frauen EU-weit über ihre Erfahrungen mit verschiedenen Formen der Gewalt befragt.

- [Schlussfolgerungen des Rates zu Gewalt gegen Frauen \(englisch\)](#) 
- [Information zur Erhebung der FRA](#)

Diverse Aktivitäten für Rechte von Menschen mit Behinderungen

Rund 80 Millionen der EU-Bürger haben eine Behinderung. Um die Öffentlichkeit für die Probleme von Menschen mit Behinderung zu sensibilisieren findet jedes Jahr am 3. Dezember der internationale Tag der Menschen mit Behinderungen statt. Vor diesem Hintergrund wurden auf europäischer Ebene diverse Veranstaltungen durchgeführt und Maßnahmen beschlossen.

Die COFACE betonte in einer Pressemitteilung vom 3. Dezember, dass insbesondere Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und deren Familien einem höheren Risiko von Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind. Wichtig sei vor allem die Eingliederung der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Betreuungspflichten.

In Brüssel fand am 3. und 4. Dezember eine Konferenz mit dem Thema „Aktive Europäer mit Behinderungen: Wir wollen teilhaben“ statt. Auf der Veranstaltung wurde u.a. der „Access-City-Award“ an die Stadt Berlin verliehen. Anfang 2013 will die Kommission einen Konferenzbericht veröffentlichen.

Am 5. Dezember traf das Europäische Parlament mit Menschen mit Behinderungen in Brüssel zusammen. Mehr als 450 Delegierte von Behindertenorganisationen aus der EU diskutierten über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. In einem Bericht an die Vereinten Nationen will die EU im kommenden Jahr darlegen, wie ihre Rechte besser geschützt werden könnten.

Eine neue Richtlinie der Kommission vom 3. Dezember sieht vor, dass spätestens ab 2015 öffentliche Dienstleistungen wie beispielsweise der Antrag zum Elterngeld online erledigt werden können, was insbesondere den EU-Bürger/innen mit Behinderungen den Alltag erleichtern soll. Der Richtlinienvorschlag wird nun dem EU-Ministerrat und dem Europäischen Parlament zur Verabschiedung vorgelegt.

- [Pressemitteilung der COFACE zu Menschen mit Behinderungen \(englisch\)](#)
- [Informationen zur Konferenz „Aktive Europäer mit Behinderungen“ \(englisch\)](#)
- [Informationen des EP](#)
- [Pressemitteilung der Kommission zum barrierefreien Zugang zu Behörden-Websites](#)

Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen geht zu Ende

Das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen geht im Dezember zu Ende. Aus diesem Grunde wurde auf der Abschlussveranstaltung in Zypern am 10. Dezember der „Active Ageing Index“ vorgestellt. Der Index soll das ungenutzte Potenzial der älteren Menschen in den 27 EU-Mitgliedstaaten und darüber hinaus erfassen.

Um aktives Altern auch über das Europäische Jahr 2012 hinaus zu fördern, verabschiedete der Rat der Europäischen Union am 6. Dezember Leitlinien für nationale Behörden und andere Organisationen.

In vielen weiteren europäischen Mitgliedstaaten wurden im Dezember die Abschlussveranstaltungen zum Europäischen Jahr 2012 durchgeführt. Die deutsche Abschlussveranstaltung fand am 10. Dezember in Berlin statt. Eine Tagungsdokumentation wird demnächst veröffentlicht, erste Dokumente können bereits auf der Webseite eingesehen werden.

- [Active Ageing Index \(AAI\) \(englisch\)](#) 
- [Leitlinien des Europäischen Rates \(englisch\)](#)
- [Webseite der Abschlussveranstaltung zum Europäischen Jahr 2012 in Berlin](#)

Trio-Präsidentschaft befürwortet Europäisches Jahr zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie 2014

Am 11. Dezember präsentierten die Vertreter der bevorstehenden Trio-Präsidentschaft Irland, Litauen und Griechenland ihr „Achtzehnmonatsprogramm“ für Januar 2013 bis Juni 2014 in Brüssel. Darin befürworten sie ein Europäisches Jahr zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie 2014: „Designating 2014 as the European Year for Reconciling Work and Family Life would help improving the social situation of families by triggering a reflection on the necessary responses to the far-reaching societal challenges in this context“ (S. 61).

- [Download des Arbeitsprogramms \(englisch\)](#) 

Datenbank zu hochqualifizierten Kandidatinnen für Jobs in Führungsetagen gestartet

Laut einem Richtlinienvorschlag der Kommission sollen bis spätestens 2020 mindestens 40% der Aufsichtsräte in börsennotierten Unternehmen weiblich sein (siehe [Europa News 11/2012](#)). Ab dem 12. Dezember können nun börsennotierte Unternehmen eine Datenbank der europäischen Business Schools zu Rate ziehen. Die Liste „Global Board Ready Women“ enthält Angaben zu 8000 Frauen, die die strengen Corporate-Governance-Kriterien der börsennotierten Unternehmen erfüllen.

- [Pressemitteilung der Kommission zur Datenbank](#)

Unisex-Tarife bei Versicherungen ab 21. Dezember 2012

Ab dem 21. Dezember müssen alle Versicherungen ihre Tarife für Männer und Frauen einheitlich gestalten. Bisher waren Ausnahmen erlaubt, wenn das Geschlecht ein bestimmender Faktor bei der Risikobewertung war. Diese Ausnahmen dürfen jedoch laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom März 2011 nur noch bis Ende 2012 bestehen. Damit wird die Gleichstellungsrichtlinie der EU durchgesetzt, wonach Frauen und Männer den gleichen Zugang zu Dienstleistungen haben sollen.

Beamte mit Lebenspartner/innen und verheiratete Beamte müssen gleich behandelt werden

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) bestätigte am 6. Dezember in einem Urteil, dass Beamte mit Lebenspartner/innen und verheiratete Beamte gleich behandelt werden müssen. So muss auch für Lebenspartner/innen von Bundesbeamten im Krankheitsfall eine Beihilfe gezahlt werden, wenn die Beihilfe vom Staat als Arbeitgeber gewährt wird.

- [Urteil des EuGH zum Beihilfeanspruch](#)

Call for stories: Diskriminierung von Eltern am Arbeitsplatz

Die European Women's Lobby ruft dazu auf, eigene Erfahrungen von Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von Eltern- oder Schwangerschaft einzureichen. Die Geschichten sollen gesammelt werden, um daraus Maßnahmen gegen diese Form der Diskriminierung zu entwickeln.

- [Webseite der European Women's Lobby zum Call for stories \(englisch\)](#)

Berichte und Studien

Eurochild-Publikationen zu Auswirkungen der Euro-Krise auf Kinder sowie Kinderbetreuung

Im Dezember hat Eurochild einen Bericht zum Thema „How the economic and financial crisis is affecting children & young people in Europe“ veröffentlicht. Darin werden die Auswirkungen der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise auf Kinder untersucht. Laut der Studie hat sich, verglichen mit früheren Eurochild Analysen von 2011, die Situation von Kindern und Familien in ganz Europa verschlechtert. Außerdem hat Eurochild die Publikation „De-institutionalisation and quality alternative care for children in Europe: Lessons learned and the way forward“ neu aufgelegt.

- [Eurochild-Publikation zu den Auswirkungen der Krise \(englisch\)](#) 
- [Eurochild-Publikation „De-institutionalisation and quality alternative care“ \(englisch\)](#)

Eurofound-Studie „Parenting support in Europe“

Die Zusammenfassung der Eurofound-Studie „Parenting support in Europe“ ist erschienen. Die Studie, die im Januar 2013 komplett erscheinen wird, enthält Informationen über Dienstleistungen und Förderungen für Eltern, Bildungsangebote für Familien, insbesondere mit Kindern im Vorschulalter, auf. Der Bericht stützt sich auf Informationen aus sieben Staaten (Österreich, Belgien, Estland, Ungarn, Irland, Portugal und Schweden).

- [Download der Zusammenfassung der Studie „Parenting support in Europe“ \(englisch\)](#) 

OECD-Studie zur Integration von Zuwanderern

Laut einer aktuellen OECD-Studie ist die Arbeitsmarktsituation von Zuwandererkindern in Deutschland trotz niedriger Bildung besser als in vielen anderen OECD-Ländern. In der Gruppe der 15 bis 34-Jährigen waren 2008 in Deutschland 13% der Kinder von Einwanderer/innen weder in Ausbildung noch in Beschäftigung, im OECD-Schnitt waren es über 16%. Unter dem Titel „Integration von Zuwanderern“ sammelt die Publikation Indikatoren aus Bildung, Gesundheit, Wohn- und Arbeitsverhältnissen, anhand derer sie die Stärken und die Herausforderungen einzelner OECD-Länder im Umgang mit Migranten und ihren Kindern aufzeigt.

- [Informationen zur OECD-Studie und Download](#)

Studien zur Gleichstellung der Geschlechter

In einer Studie des Europäischen Parlaments (EP) „Analysis of five national Reform programmes 2012 regarding the pursuit of the Union's Gender Equality Objectives“, die im Dezember erschien, werden die EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter bewertet. Die Studie enthält außerdem Leitlinien für politische Entscheidungsträger auf nationaler und EU-Ebene.

In einer weiteren Studie des EP „Impact of the economic Crisis on Gender Equality and Women's Rights“ vom 3. Dezember untersucht Elisabeth Morin-Chartier die Auswirkungen der Eurokrise auf die Gleichstellung der Geschlechter. Das EP will das Thema zum Internationalen Frauentag im März 2013 erneut aufgreifen.

Kürzlich erschien ein Artikel der Friedrich Ebert Stiftung (FES) mit dem Titel „Die Eurokrise und die Frauen: Maskulinisierung des Sozialstaates“ in dem aufgezeigt wird, dass Frauen ungleich stärker von der Eurokrise betroffen sind.

Wie groß der Unterschied zwischen Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt ist, zeigt eine aktuelle Studie der OECD „Closing the Gender Gap: Act Now“, die am 17. Dezember erschien.

- [Download der Studie „Analysis of five national Reform programmes 2012“ \(englisch\)](#)
- [Draft Report zur Studie „Impact of the economic Crisis“ \(englisch\)](#) 
- [Artikel der FES zu „Eurokrise und die Frauen“](#)
- [Studie der OECD \(englisch\)](#)

Publikation zu Einsamkeit im hohen Alter in Ost- und Westeuropa

Anhand von Datenerhebungen aus mehreren europäischen Ländern haben die Autoren de Jong Gierveld und Tesch-Römer in ihrer kürzlich erschienenen Publikation „Loneliness in old age in Eastern and Western European societies: theoretical perspectives“ untersucht, inwieweit und warum Personen im hohen Alter in Osteuropa einsamer sind als in westeuropäischen Ländern.

- [Abstract zum Artikel \(englisch\)](#)

Eurodiaconia-Publikation „Ageing Well: Together“

Die Publikation der Eurodiaconia versammelt Dienstleistungen und Fördermaßnahmen für ältere Menschen. Weiterhin werden Maßnahmen vorgeschlagen, um soziale Ausgrenzung und Isolation älterer Menschen zu vermeiden.

- [Link zum Download der Eurodiaconia-Publikation \(englisch\)](#)

Analyse zu Perspektiven lokaler Sozialdienste für Kinder

Das Netzwerk europäischer Sozialdienste (ESN) hat einen Bericht des Ausschusses für Sozialschutz zur Bekämpfung und Verhinderung von Kinderarmut und der Förderung des Wohls aller Kinder kommentiert. Im Mittelpunkt der Kommentare des ESN steht der Zugang zu Qualitätseinrichtungen für Kinder.

- [Informationen zum Kommentar des ESN](#)
- [Beraterbericht des Ausschusses für Sozialschutz \(englisch\)](#) 

Eurostat zu Armutsgefährdung und Verschuldung privater Haushalte

Das Europäische Amt für Statistik (Eurostat) hat am 3. Dezember aktuelle Daten zur Armutsgefährdung in der EU veröffentlicht. Demnach waren 24,2% der Bevölkerung im Jahr 2011 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, ca. 120 Millionen Personen. Damit ist die Armut gegenüber 2010 weiter gestiegen. Am schlimmsten ist die Lage in Bulgarien, Rumänien, Lettland, Litauen, Griechenland und Ungarn. Außerdem hat Eurostat einen Artikel über die finanzielle Verschuldungssituation, Ausgrenzung und Perspektiven privater Haushalte veröffentlicht.

- [Pressemitteilung von Eurostat zu den aktuellen Zahlen](#) 
- [Artikel zur Verschuldungssituation \(englisch\)](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- JUGEND für Europa: [EVS-Quality Day](#) (14. Januar 2013, Frankfurt/Main)
- Deutscher Caritasverband: [Jahresempfang „Familie schaffen wir nur gemeinsam“](#) (23. Januar 2013, Brüssel)
- Luxembourg Chamber of Commerce: [1st European Forum on Best practices in Gender Equality](#) (24. Januar 2013, Luxembourg-Kirchberg)
- Gesellschaft für Prävention e.V.: [3. Europäischen Präventionstag](#) (25.-26. Januar 2013, Berlin)
- European Social Fund (ESF): [A European Standard on Gender Mainstreaming in the ESF – by and for the EU Member States](#) (31. Januar 2013 Leuven, Belgien)
- COFACE und Irish Countrywomen's Association (ICA): Konferenz [„Vulnerable families – What can Europe do?“](#) (4.-5. Februar 2013, Dublin)
- Safer Internet Day: [10. Safer Internet Day 2013](#) (5. Februar 2013, Brüssel)
- European Women's Lobby: [One billion rising](#) (14. Februar 2013, Brüssel)
- Europäischer Rat: [Poverty and Inequality in Societies of Human Rights: the paradox of democracies](#) (21. - 23. Februar 2013, Straßburg)
- JUGEND für Europa: [Fachforum Europa: Europa zusammenhalten - aber wie?](#)  (26. - 27. Februar, Bonn)
- Ausschuss der Regionen: [Europe 2020 Conference - Agenda for new skills and jobs](#) (28. Februar 2013, Dublin)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).